

Zweites Kapitel: Verwaltungsprozessrecht

Übersicht 18: Aufbau einer verwaltungsgerichtlichen Klage (Prüfschema)

A. Zulässigkeit einer Klage (oder: Sachentscheidungsvoraussetzungen)

I. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs

1. Aufdrängende Sonderzuweisung

- Z.B. § 126 I BBG, § 54 I BeamStG

2. Verwaltungsrechtsweg gem. § 40 I VwGO

a) Öffentlich-rechtliche Streitigkeit

Theorien zur Abgrenzung zur privatrechtl. Streitigkeit:

- **Subordinationstheorie:** Öffentl.-rechtl. Streitigkeit, wenn zwischen den Parteien ein Über-Unterordnungs-Verhältnis besteht.
- **Sonderrechtstheorie:** Öffentl.-rechtl. Streitigkeit, wenn die Streitentscheidung im Kern von der Anwendung öffentl.-rechtl. Vorschriften abhängt. Öffentl.-rechtl. Vorschrift, wenn Berechtigter oder Verpflichteter aus der Vorschrift **stets** ein Träger öffentl. Rechts ist.

b) Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art

Eine verfassungsrechtliche Streitigkeit liegt in der Regel dann vor, wenn es im Kern um die Anwendung und Auslegung des GG geht und die Streitbeteiligten unmittelbar am Verfassungsleben teilnehmen. Außer: Wird ein formelles Gesetz direkt angegriffen, handelt es sich immer um eine verfassungsrechtliche Streitigkeit.

c) **Keine Zuweisung** der Streitigkeit an ein anderes Gericht durch Bundes- oder Landesgesetz

- Z.B. Art. 14 III 4, 34 S. 3 GG, § 40 II 1 HS 1 VwGO

II. Klageart

1. Anfechtungsklage, § 42 I VwGO

- a) Der angegriffene Akt muss ein VA sein.
- b) Klagebefugnis gem. § 42 II VwGO: Der Kläger muss durch den angegriffenen VA möglicherweise in eigenen Rechten (auch Grundrechten) verletzt sein.
- c) Ordnungsgemäße und erfolglose Durchführung des Vorverfahrens gem. § 68 I VwGO
 - Einhaltung der Monatsfrist gem. § 70 VwGO
 - Entbehrlichkeit gem. §§ 68 I 2, 75 VwGO
- d) Klagefrist (1 Monat) gem. § 74 I VwGO

2. Verpflichtungsklage, § 42 I VwGO

- a) Kläger verlangt den Erlass eines VA.
- b) Klagebefugnis gem. § 42 II VwGO: Dem Kläger muss der geltend gemachte Anspruch auf Erlass des VA möglicherweise zustehen.
- c) Der VA muss bei der zuständigen Behörde beantragt worden sein (folgt aus § 68 II VwGO).
- d) Ordnungsgemäße und erfolglose Durchführung des Vorverfahrens gem. § 68 II VwGO
 - Einhaltung der Monatsfrist gem. § 70 VwGO
 - Entbehrlichkeit gem. §§ 68 I 2, 75 VwGO
- e) Klagefrist (1 Monat), § 74 II VwGO

3. Allgemeine Leistungsklage (in § 43 II 1 VwGO vorausgesetzt)

- a) Kläger muss die Vornahme einer Handlung, die kein VA ist, oder eine Unterlassung begehren.
Beachte: Die allgemeine Leistungsklage kann sich auch gegen den beabsichtigten Erlass eines VA oder einer untergesetzlichen Rechtsnorm richten (vorbeugende Unterlassungsklage).
- b) Klagebefugnis analog § 42 II VwGO
- c) Vorverfahren und Klagefristen entfallen.

4. Feststellungsklage, § 43 I VwGO

- a) Subsidiarität gegenüber Anfechtungs-, Verpflichtungs- und allgemeiner Leistungsklage, § 43 II 1 VwGO
- b) Konkrete Rechtsfrage, die zwischen Kläger und Beklagtem umstritten ist
- c) Feststellungsinteresse gem. § 43 I VwGO: rechtliches, wirtschaftliches oder ideelles Interesse an einer baldigen gerichtlichen Entscheidung
- d) Klagebefugnis analog § 42 II VwGO: Geht es um die Verwirklichung von Rechten des Klägers?
- e) Vorverfahren und Klagefristen entfallen.

5. Normenkontrollverfahren, § 47 VwGO

- a) Angriffsgegenstand kann i. d. R. nur Satzung oder Rechtsverordnung unterhalb formellen Landesgesetzes sein, also i. d. R. nur LandesVO oder Landessatzung.
- b) Im Hauptanwendungsfall des § 47 I Nr. 2 VwGO ist eine entsprechende landesrechtliche Bestimmung erforderlich, die es nur in Berlin und Hamburg nicht gibt.
- c) Antragsbefugnis, § 47 II 1 VwGO
- d) Frist: Ein Jahr, § 47 II 1 VwGO

III. Richtiger Beklagter (passive Prozessführungsbefugnis)

1. Anfechtungs- und Verpflichtungsklage

- § 78 I Nr. 1 VwGO: Rechtsträger der handelnden Behörde
- § 78 I Nr. 2 VwGO: Behörde, falls entsprechende landesrechtliche Regelung (Vorrang vor § 78 I Nr. 1 VwGO)

2. Allgemeine Leistungsklage und Feststellungsklage

- Rechtsträgerprinzip als allgemeiner Grundsatz des Verwaltungsprozessrechts oder § 78 I Nr. 1 VwGO analog
- Nicht § 78 I Nr. 2 VwGO (analog) – auch nicht, falls landesrechtliche Regelung i.S.v. §§ 78 I Nr. 2, 61 Nr. 3 VwGO existiert

3. Normenkontrollverfahren

- § 47 II 2 VwGO: normerlassender Verwaltungsträger bzw. Rechtsträger der normerlassenden Behörde

IV. Beteiligungs- und Prozessfähigkeit

Für Kläger und Beklagten zu prüfen.

1. Beteiligungsfähigkeit, § 61 VwGO

- Bund, Länder und Gemeinden sind juristische Personen des öffentlichen Rechts und fallen unter Nr. 1, 2. Alt.
- Behörden fallen nicht unter Nr. 1 – abzustellen ist auf den unter Nr. 1, 2. Alt. fallenden **Rechtsträger** (insbes. Bund, Land, Gemeinde).
- In vielen Ländern existiert eine landesrechtliche Bestimmung i.S.d. Nr. 3, dann sind die Behörden als solche beteiligtenfähig.
- Bei der Normenkontrolle ist § 47 II 1 VwGO zu beachten.

2. Prozessfähigkeit, § 62 VwGO

- Abs. 1, falls Kläger oder Beklagter natürliche Person ist.
- Abs. 3, falls Kläger oder Beklagter jurist. Person (insbes. Gemeinde, Land, Bund) oder Behörde ist.

B. Begründetheit der Klage

- Bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklage: § 113 I 1, V VwGO
- Bei allgem. Leistungsklage: Wenn der vom Kläger geltend gemachte Anspruch tatsächlich besteht (§ 113 V VwGO analog)
- Bei Feststellungsklage: Wenn die vom Kläger zur Klärung gestellte Rechtsfrage in seinem Sinne zu beantworten ist
- Bei Normenkontrollantrag: Wenn die angegriffene Rechtsvorschrift ungültig ist, § 47 V 2 VwGO